

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

13.6.1925 (No. 134)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postkonten: Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Amann, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,50 Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Verbreitung und Konfuzverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperte, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Anstalts-Erziehung

Beim jüngsten Besuch der staatlichen Erziehungsanstalten in Flehingen und Sinsheim durch den Rechts- pfegeauschuss des Landtags hat der Leiter der Flehinger Anstalt, Prof. Dr. Gregor, einige Grundsätze mitgeteilt, wie er sie für diese beiden Anstalten handhabt. In dem von der Karlsruher Zeitung veröffentlichten Bericht sind sie kurz erwähnt worden. Nun hat Prof. Dr. Gregor in einem Zeitfaden eine Anzahl Richtlinien aufgestellt, welche auch die Öffentlichkeit interessieren; im zweiten Heft der Badischen Anstaltsblätter sind sie zum Abdruck gebracht. Prof. Dr. Gregor erklärt:

1. Die Anstalts-erziehung muß human sein. Wir wollen die EM. nicht zu Straf- oder Zwangsanstalten herabwürdigen, sondern zu Erziehungsheimen entwickeln. Wir müssen ein vertrauensvolles Verhältnis zu unsern Böglingen anstreben, wenn wir uns einen Weg in ihr Seelenleben bahnen und Ausichten auf Erfolg gewinnen wollen. Nichts ist leichter als in mechanischer Disziplin das Tagespensum korrekt durchzuführen, aber damit arbeiten schon die Gefängnisse alten Stiles.

2. Die Anstalt versucht grundsätzlich und immer wieder die Böglinge zum Beginn eines neuen Lebens zu veranlassen. Strafen werden auf Wohlverhalten aufgeschoben, dem Strebsamen eine freie Bahn eröffnet. Wir schaffen Möglichkeiten, daß die Böglinge Selbstachtung erwerben, von ihren Eltern Verzeihung gewinnen und suchen sie zum Entschluß zu führen, Eltern und Angehörige eine kräftige Stütze zu werden.

3. Ehe wir mit Forderungen herantreten, sorgen wir dafür, daß die manchmal im Leben übel Mitgenommenen und aus dem seelischen Gleichgewicht gebrachten Böglinge vorerst Ruhe und Zeit zur Überlegung und Fassung eines Entschlusses finden. Das Selbstbewußtsein mancher Anstaltslinge muß erst wachgerufen und der Glaube an ihn selbst gestärkt werden.

4. Wir versehen die Böglinge unter Lebensbedingungen, die einer moralischen Führung förderlich sind. Dabei ist vor allem auf die Momente Rücksicht zu nehmen, die Ursachen der Verwahrlosung bilden. Dem Bögling ist ein Heim zu schaffen, seine Anteilnahme für die persönliche Umgebung zu wecken, durch eine feste Hausordnung eine regelmäßige Lebensweise einzuleiten, weiters und mehr positiv ist eine erzieherische Atmosphäre zu schaffen, die den Bögling nicht drückt, sondern befiehlt, weil sie von dem Geiste getragen wird, der seine schon fortgeschrittenen Kameraden erfüllt.

5. Nun dürfen wir auch mit Forderungen an die Persönlichkeit herantreten, und hier bildet die Arbeit das Mittel, das zur Grundbedingung aller neu zu bildenden Werte führt. Vor allem rechnen wir auf die suggestive Kraft der gleichmäßig tätigen Umgebung und den rastlosen Anstaltsbetrieb, dem kein Zügel locker auf die Dauer sich entgegenstellt. Faulheit ist weder ein Erbgut des Deutschen noch entspricht sie der Natur des Jugendlichen, so daß wir in der Anstalts-erziehung niemals mit Widerständen dieser Art ernstlich zu rechnen haben.

6. Die Erziehung muß in einzelnen sich dem Alter des Bögling anpassenden und dementsprechend bei Schulpflichtigen und Schulklassen sich unterscheiden. Bei letzteren bildet einen wichtigen Gesichtspunkt die grundsätzliche Teilnahme des Bögling am Erziehungsplan. Wir dürfen bei älteren Böglingen in weitestem Maße an Vernunft und Willen appellieren und sie für jene Ziele zu gewinnen suchen, die ihren geistigen Anlagen am besten entsprechen. Eine gefährliche Klippe in der Mädchenerziehung bildet die Ausbildung für einen Beruf, der den natürlichen Anlagen entspricht. Die Mädchen, die in der Fabrik entgleiten, weil ihnen diese Arbeit zu keinem Wert werden konnte, finden sich in der Wäscherei größerer Anstalten wieder in einem Betrieb, der dem ihnen längst verleideten, verzweifelt ähnlich sieht. In viel günstigerer Lage ist demgegenüber der Junge, der mit der Arbeit in einer Werkstatt sogleich an eine individuelle Arbeitsweise herantritt. Darum darf die erwähnte fabrikmäßige Mädchenarbeit nie das Um und Auf ihrer Tätigkeit in der Anstalt bleiben, sondern nur eine Vorstufe als mechanische Leistung zur Gewöhnung an Arbeit überhaupt bilden, nach deren Erledigung eine Kleinarbeit winkt, die räumlich und inhaltlich dem persönlichen Wirken für eine Familie entspricht.

7. Wir dürfen es uns nicht entgehen lassen, an die unsern Einfluß überträgt: Jugend auch höherstehende

Güter heranzubringen. Dabei ist in erster Linie an die Pflege religiöser und ethischer Gefühle zu denken. Wo Anlage und Interesse es ermöglichen, wird Pflege von Kunst und Wissenschaft nicht nur die Erfolge fördern, sondern auch das Niveau der Anstalt und den geistigen Horizont der Angestellten mit jenem der Böglinge heben. 8. Der jugendliche Geist verlangt nach Abwechslung und Anregung. In der Literatur wurde kürzlich darauf hingewiesen, daß eine zuweitgehende Einschränkung von Reizmitteln, die einmal ins menschliche Leben gehören, zu bedenklichen Folgeerscheinungen führen kann. Auch das Leben in der Erziehungsanstalt soll durch den Genuß von Freuden und Festen erhellert und lebenswert gemacht werden. Wir wollen unsere Böglinge nicht nur arbeiten, sondern auch ihre freie Zeit vernünftig ausfüllen und würdige Güter genießen lehren.

Deutscher Reichstag

Im Reichstag begann am gestrigen Freitag die große innerpolitische Aussprache, nachdem es schon im Haushaltsausschuss grundsätzliche Debatten über Verfassungsfragen und andere innerpolitische Dinge gegeben hatte. Der Sozialdemokrat Sollmann kündigte den erbitterten Widerstand nicht nur der Sozialdemokraten, sondern der ganzen republikanischen Volksmehrheit gegen jeden Vorschlag auf das Werk von Weimar an. Der deutschnationale Redner Bernd zog einen Antrag auf Befestigung des Artikels 18 der Reichsverfassung zurück und verzichtete auch in der Plagenfrage auf die Stellung eines Antragstellers. Der Redner des Zentrums Abg. Dr. Schreiber rechtfertigte dann den grundsätzlichen Widerstand des Zentrums gegen den verlangten Verfassungsaussschuss, da die Rechte verfassungsmäßig durch den Reichstag nicht aus der Verfassung herauszureißen, so daß der Verfassungsaussschuss eine Stätte sein würde, von der neue Zwietracht in das Volk geschleudert würde.

W.B. Berlin, 12. Juni.

Eröffnung der Sitzung um 2 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht ein einziger Punkt, die zweite Beratung des

Haushalts des Innenministeriums

bei der Ziffer: Gehalt des Reichsinnenministers. In Verbindung damit steht zur Beratung der Gesetzentwurf, durch den der 18. Januar zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes bestimmt wird, und ein Gesetzentwurf, der den Mitgliedern des auswärtigen Ausschusses und des händigen Ausschusses zur Wahrnehmung der Rechte der Volksvertretung auch in der Zeit vom Schluß des Reichstages bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages die Immunität gewährt. Weiter steht zur Beratung ein von den Deutschnationalen eingebrachter Gesetzentwurf, wonach diejenigen Feiertage, die am 11. August 1919 in den Ländern gesetzlich geschützt waren, von Reichswegen geschützt werden sollen.

In der Aussprache bezeichnet Abg. Sollmann (S.) es als eine der wichtigsten Aufgaben des Reichsinnenministeriums, die republikanische Verfassung zu schützen und die Volkskultur zu heben. Der sozialistische Klassenkampf ist ein Aufbäumen der Massen dagegen, daß Staat und Gesellschaft ihnen die Anteilnahme an diesen Kulturwerten verweigern. Das gegenwärtige Reichsinnenministerium ist viel weniger ein Kultus-, als ein Polizeiministerium. Aus den Zahlen des Etats ergibt sich, daß für die Polizei weit größere Summen ausgesetzt sind, als für die Förderung der Wissenschaft und Kunst, der Gesundheitspflege, des Turn- und Sportwesens. Ein nationales Paritätensystem werden wir aber nicht unterliegen. Was jetzt an vielen deutschen Hochschulen als Geschichte gelehrt wird, das hat weder mit Wissenschaft noch mit Geschichte etwas zu tun. Der Redner wendet sich gegen den Antrag der Rechten auf Aufhebung der Republikstimmengesetze. Die von der Regierung verlangte Erweiterung des Notverordnungsrechtes lehnen wir ab. Es müsse geprüft werden, ob das bayerische Konkordat mit der Reichsverfassung vereinbar ist. Die Parteien der Rechten haben einen Vorstoß gegen die Republik durch den Antrag gemacht, den 18. Januar zum Nationalfeiertag zu machen. Wenn dieser Tag den Parteien der Rechten so heilig ist, warum haben sie ihn dann nicht in der Vorkriegszeit zum Feiertag gemacht. Was am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal zu Versailles vor sich ging, das war nicht eine deutsche Volksgemeinschaft, sondern ein Akt, zu dem Bismarck die widerwilligen deutschen Fürsten gebrängt hatte. Das war nicht die Verwirklichung des großdeutschen Ideals, sondern ein kleindeutscher Fürstentum. Der 18. Januar würde nicht ein Nationalfeiertag, sondern ein vergrößertes deutschnationaler Parteitag sein. Wir lehnen auch den Antrag der Rechten auf Einführung eines Volkstrauertages ab. Uns steht das Andenken der im Weltkrieg Gefallenen viel zu hoch, um es durch solche Außerlichkeiten zu feiern. Schließlich wollen die Parteien der Rechten die Platte schwarz-weiß-rot wieder einführen. Das durch diese Farben symbolisierte Kaiserreich hat seine Einwohner bewußt in Bürger erster und zweiter Klasse eingeteilt. Wenn Sie die Plattenfarbe aufrollen, dann bedeutet dies die Aufwühlung unseres Volkes durch einen erbitterten Kampf um die Staatsform. Sie wollen doch nicht bloß andere Farben, Sie wollen doch einen anderen Staat! (Sehr richtig! rechts.) Die Politik der Rechten kann nur zum

Kampf, niemals zur Einigung des Volkes führen, die wir erstreben, damit wir endlich zur wirklichen deutschen Nation werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Berndt (D.): Die rheinischen Jahrtausendfeiern sind der beste Beweis dafür, daß die feindliche Bedrückung und der feindliche Einbruch die rheinische Krone zum Deutschtum nicht zu erschüttern vermocht haben. Uns sollen diese Feiern eine Mahnung zur Einigkeit sein, aber wie weit wir davon entfernt sind, hat die Rede des Abg. Sollmann gezeigt. Der Reichsinnenminister hat an der Vertiefung des Reichsgebaltens mitzuarbeiten. Das ist aber nicht möglich, ohne eine Reform der Weimarer Verfassung, denn diese Verfassung nimmt auf die historischen Gerechtigkeiten der einzelnen Länder, nicht die gebührende Rücksicht. Sie leidet an einer Überbeanspruchung des Einheitsgedankens und des Zentralismus. Darum beantragen wir die Einsetzung eines Ausschusses für Überprüfung der Weimarer Verfassung. Trotz unserer monarchistischen Einstellung stellen wir den Kampf um die Staatsform zurück. Die Monarchie erwarten wir nicht von Ausschussbeschlüssen, sondern von geschichtlichen Ereignissen, die nicht in unsere Hand gegeben sind. Demokraten und Zentrumssprecher haben sich im Ausschuss ja auch für die Reformierung der Verfassung eingesetzt. Wir hoffen, daß unser im Ausschuss angenommener Antrag auf Aufhebung des Republikstimmgesetzes auch im Plenum Annahme findet. Das schon lange angekündigte neue Berufsbeamtengesetz muß endlich Ereignis werden. Die Wünsche der Entente in bezug auf die deutsche Schutzpolizei bezeichnet der Redner als unerträgliche Eingriffe.

Abg. Dr. Schreiber (Z.): Ueber allen Bestrebungen in Deutschland liegt der Wunsch nach einem einheitlichen nationalen Kulturbewußtsein. Das Ringen zwischen Revolution und Restauration, das in diesem Jahrhundert durch alle Völker geht, sei im deutschen Volke besonders lebhaft. Es war ein schwerer psychologischer Fehler, als im Ausschuss die Aufhebung des Verfassungsartikels 18 gefordert wurde, der die Neugliederung des Reiches behandelt. In solchen Wünschen liegt auch ein Schlag gegen das Rheinland, das in schwersten Tagen eine eiserne Selbstbehauptung und Entfaltung gezeigt hat, die manchen ostelbischen Kreisen ein Beispiel sein könnte. (Beifall im Zentrum.) Wenn die Deutschnationalen jetzt den Antrag zurückziehen, so kommt das zu spät, um den Fehler gut zu machen. Ein zweiter psychologischer Fehler ist der Antrag der Rechten auf Einsetzung eines Verfassungsaussschusses. Die Begleitmusik, die der Antrag zeigt, daß man mit Wuchstagen und Wuchseisen Barre für Barre aus der Verfassung herausbrechen will. Die Weimarer Verfassung ist die Zusammenfassung deutscher Lebenskräfte in schwerster Zeit und das gibt ihr ihren historischen Platz. (Beifall im Zentr.) Würde jetzt ein Verfassungsaussschuss eingesetzt werden, so würde damit eine neue Brandfackel der Zwietracht in das deutsche Volk geworfen werden. Wir legen besonderen Wert auf die Feststellung, daß wir dem Reichsinnenminister auf diesem Wege seiner Politik nicht zu folgen vermögen. (Beifall im Zentrum.) Nur politische Kurzsichtigkeit kann heute noch die veraltete Parole ausgeben: Trennung von Staat und Kirche. Wir legen Wert auf die baldige Verabschiedung des Reichsschulgesetzes. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Nordhoff (Dp.) beschäftigt sich zunächst mit der Frage einer Verfassungsreform. Solange der Feind im Lande ist, wollen wir natürlich keine grundlegenden Verfassungsänderungen von heute auf morgen durchführen. Wir müssen die notwendige Verfassungsreform aber vorbereiten. Wir betonen nicht den Wert der Weimarer Verfassung, aber man soll nicht mit dogmatischer Engherzigkeit an jedem Wort und an jeder Bestimmung festhalten. Seit die Verfassung gegeben wurde, haben sich die politischen Verhältnisse geändert und über manche Frage denkt das deutsche Volk heute anders als früher. Die Bestimmung des Verfassungsartikels 76, daß Verfassungsänderungen nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden können, bedeutet auf deutsch, daß ohne die Zustimmung der Sozialdemokraten und Kommunisten eine Verfassungsänderung auch dann nicht beschlossen werden kann, wenn die überwiegende Mehrheit des Volkes sie verlangt. Die Weimarer Verfassung ist ein Büttel von schönen Blumen, die auf den verschiedensten Feldern gewachsen sind, die wenigsten auf deutschem Felde (Sehr wahr! rechts.) Eine Verfassungsreform ist auch notwendig hinsichtlich des Verhältnisses des Reiches zu den Ländern. Die Reichstreue wird in Bayern in dem Maße wachsen, in dem die verbale Verbindung gelockert wird. Wir wollen unserer großen Vergangenheit die Achtung bewahren. Darum ist es durchaus angemessen, wenn wir den 18. Januar als Nationalfeiertag begehren. Der Volkstrauertag wäre am besten auf den Vorkriegstag gelegt worden. Wir brauchen einen Tag der Selbstbesinnung. In der Farbenfrage liegt uns nichts ferner, als irgendeine reaktionäre Absicht. Die deutsche Flagge soll Deutschland im Ausland repräsentieren. Herr Sollmann möge aber einmal den Auslandsdeutschen auf den Tisch des Hauses niederlegen, der von den neuen Farben etwas wissen will.

Abg. Stäcker (R.) behauptet, daß die Regierung offenbar eine Scheinamnestie bringen wolle, die nur den Vergehen von Rechts und nicht von Links zugute komme. Wir werden diese drei angeblichen republikanischen Parteien zu einer klaren Stellungnahme zwingen, indem wir ein Mißtrauensvotum gegen den Minister Schiele einbringen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr vertagt.

Die Novelle zur Unfallversicherung. Der Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten beschloß bei der zweiten Beratung der zweiten Novelle zur Unfallversicherung die Vollrente anstelle der in der ersten Fassung vorgesehene 1/10 des Jahresarbeitsverdienstes wieder auf 1/2 des Jahresarbeitsverdienstes zu bemessen.

Mit der Bellage: Gewinnliste der Konstanzer Lotterie

Die französische Antwort auf das deutsche Sicherheitsangebot

Paris, 13. Juni. Der „Matin“ glaubt in der Lage zu sein, den Inhalt der von der französischen Regierung an die Reichsregierung zu richtenden Note, verglichen mit den deutschen Vorschlägen, wie folgt charakterisieren zu können:

1. Garantiepatte zwischen den am Rhein interessierten Mächten. — Dieser Patte ist nicht mehr auf 30 Jahre beschränkt und die Möglichkeit eines Krieges durch Volksabstimmung ausgeschlossen. Dadurch unterscheidet sich der jetzige Vorschlag von den ehemaligen Vorschlägen des Kabinetts Cuno. Dieser Gedanke wird restlos in der französischen Note angenommen.

2. Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland. — Dieser Vorschlag wird angenommen und verbollständigt durch den Vorschlag des Abchlusses eines deutsch-französischen Schiedsgerichtsvertrages.

3. Schiedsgerichtsverträge mit verschiedenen Staaten. — Frankreich erklärt, daß Verträge dieser Art mit Polen und der Tschechoslowakei unerlässlich sind. Es ist hier als Garant aufzutreten und betrachtet dies als Vorbedingung selbst für den Abschluß eines Sicherheitspattes am Rhein.

4. Deutschland hat verlangt, daß die Vereinigten Staaten Schiedsrichter und Garant dieser Patte seien. — Da Frankreich weiß, daß diese Einmischung in die europäische Angelegenheit der amerikanischen Politik zuwiderläuft, begnügt es sich damit, in seiner Note darauf hinzuweisen, daß es mit Freunden sehen werde, wenn die große amerikanische Nation an dem Sicherheitspatt sich beteiligen würde.

Der „Matin“ fügt dieser Inhaltsangabe noch hinzu, daß Frankreich das Recht erhalten werde, die entmilitarisierte Zone bei einer Verletzung des zwischen Deutschland und Polen abguschließenden Schiedsgerichtsvertrages zu überschreiten, bezwecke man nicht die Erzeugung der polnischen Presse. Das Blatt ist der Ansicht, daß es notwendig ist, in die Schiedsgerichtsverträge eine sorgfältig abgemessene Begründung des Begriffes des Angriffes einzufügen.

Die französische Antwort zum deutschen Sicherheitsangebot wird laut Götter, Anfang nächster Woche in Berlin überreicht. Die belgische Regierung habe ihrer Zustimmung bereits zu dem ihr übermittelten französischen Notentwurf gegeben.

Politische Neuigkeiten

Der Reichslandwirtschaftsminister für maßvollen Schutz

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hielt der Reichsminister am Freitag im Reichstag mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien eine vertrauliche Vorbesprechung über die Behandlung der Zollvorlage ab. An ihr nahmen auch der Reichsernährungsminister, der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister teil. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Reichsernährungsminister Graf Kanitz hielt am Freitag im Reichswirtschaftsrat eine Rede, in der er erklärte, auch in Deutschland ist das heutige System des Zollschutzes für die Industrie ohne entsprechenden Schutz für die Landwirtschaft nicht haltbar. Immer deutlicher wird sich zeigen, daß zum Schaden der Gesamtwirtschaft die ungeführte Landwirtschaft nur noch mit Mühe mitgeschleppt wird. Da die Handelsvertragsverhandlungen der letzten Wochen gezeigt haben, daß die handelspolitische Tendenz in fast allen bedeutenden Ländern auf eine Erhöhung der Zollsätze hinauszielt, werden wir zwangsläufig ebenfalls vorerst auf den Weg unserer Vertragspartner gedrängt. Vornehmlich aber soll der agrarische Teil der Zollvorlage der Produktionsförderung dienen. Wer die Produktionsförderung will, kann der Landwirtschaft einen maßvollen Zollschutz nicht entziehen; denn überseerische Rekordpreise können bei den teuren deutschen Produktionskosten über Rauf eine Katastrophe herbeiführen. Würde der Zollschutz nur auf Milchprodukte gelegt und nicht auch auf Getreide, so würde dadurch der gemischtwirtschaftliche Charakter der Landwirtschaft und damit der einzige Vorprung, den die deutsche Landwirtschaft gegenüber der Übersee hat, geschädigt werden. Mit einem Steigen der Weltgetreidepreise ist nicht zu rechnen, da bereits das vorjährige Anziehen der Preise eine Vermehrung der Getreideanbaufläche in Amerika zur Folge gehabt hat. Bereitschaftssätze sind abzulehnen, da sie handelspolitisch unmöglich sind, der Landwirtschaft keinen Nutzen bringen und zudem den innerdeutschen Kampf um die Hölle verewigen. Mindestsätze sind notwendig, weil wir wirtschaftlich und politisch zu schwach sind, um uns bei den Handelsvertragsverhandlungen wirksam gegen ein zu starkes Herabdrücken der deutschen Getreidezölle wehren zu können. Die Einführung von Getreidezöllen schädigt nicht die Exportfähigkeit der deutschen Industrie. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft vor dem Kriege beweist das Gegenteil. Die Freigabe der Ausfuhr für Getreide, die teilweise gefordert wird, wird hinsichtlich ihrer Wirkungen überschätzt, da im Ausland wenig Nachfrage nach deutschem Brotgetreide wegen seiner geringen Qualität herrscht. Nicht allein werden die fortschreitende Technisierung und Modernisierung durch Kreditaktionen und Steuerermäßigungen die Produktionsförderung bewirken, wenn nicht die praktischen Vorbedingungen für die Rentabilität auf längere Sicht geschaffen werden. Die beste Konsumentenpolitik ist diejenige, die zu einer Steigerung der Produktion führt. Dies hat auch die Entwicklung der deutschen Gesamtwirtschaft in den letzten Jahren vor dem Kriege gezeigt.

Zur Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages leitete Reichsernährungsminister Kanitz die Verhandlungen über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt mit einer grundsätzlichen Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf ein.

Der Minister führte u. a. aus, daß diese Kreditanstalt die für ein landwirtschaftliches Kreditinstitut vorgesehenen Mittel der Deutschen Rentenbank und die jährlichen Abweisungen aus den Zinsen der Grundschuldbewilligungen in einer Höhe bis zu 25 Millionen zufallen. Der Minister begründete den Entwurf mit der Notwendigkeit der Beschaffung von Betriebsmitteln, zu welchem Zwecke Personalkredit entsprechend der Dauer des Produktionsprozesses auf mehrere Monate gegeben werden soll, der regelmäßig aus dem Erlöse der landwirtschaftlichen Erzeugnisse abzudecken ist. Daneben brauche die Landwirtschaft langfristigen Realcredit, um dem Bedürfnisse abzuhelfen, die bisher aufgenommenen Schulden in langfristigen Realcredit umzuwandeln und das zur intensiven landwirtschaftlichen Produktion erforderliche Betriebskapital durch Aufnahme von Realcredit neu zu beschaffen. Der Vertreter des Reichsrates erklärte hierzu, daß durch gewisse organisierte Maßnahmen den Wünschen der Landwirtschaft nach möglicher Selbstverwaltung der Anstalt seitens des Reichsrates entgegengekommen werden solle.

Müllers Harngöräte Patent Wola der Fortschritt für Harn-, Bettwärmer usw. Siehe Arzt, Apoth. u. Fachgeschäfte

Vor dem Höfle-Untersuchungsausschuss

des preussischen Landtages belundete am Freitag als Zeuge des Sachverständiger Geheimrat Kraus, der f. 3. Med. Nat. Stoeckmer das ärztliche Gutachten über Höfle abgab, geistig sei Höfle vollkommen intakt gewesen, bei allerdings vorherrschender großer Depression. Festgestellt wurde u. a. die Vergrößerung des Herzens und Überdehnung. Eine Fortdauer des Aufenthalts im Gefängnis versprach nicht nur keine Besserung, sondern lag auch nicht im Interesse der Verhandlungsfähigkeit. Das Gutachten, das er, der Zeuge, unterschrieben hat, empfahl die Entlassung. Lebensgefahr bestand bei der damaligen Abgabe des Gutachtens nicht. Das Lazarett ist infolge seiner Einrichtungen als schlecht anzusehen, vor allem wegen des verschwendlichen Umgangs mit Narcotica. Ferner sind zu viele Patienten und zu wenig Ärzte da. Höfle wäre sicher nicht an narcotischen Vergiftung gestorben, wenn er in ein gutes Krankenhaus gebracht worden wäre.

Beamte und Parteizugehörigkeit

Auf eine parlamentarische Anfrage an die bayerische Regierung, ob entgegen den Bestimmungen des Art. 180 Abs. 2 der Reichsverfassung Beamten wegen politischer Einstellung beim Parteizugehörigkeit, entlassen worden seien oder ob eine derartige Absicht bestünde, erklärte der bayerische Finanzminister im Einvernehmen mit den übrigen Staatsministern, daß beide Fragen verneint werden könnten. Für die Zugehörigkeit zu Parteien, deren politisches Ziel die gewalttätige Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung ist, ist jedoch die Meinungsfreiheit nach der Reichsverfassung nicht gewährleistet. Beamte, die sich einer solchen Partei anschließen, begehen ein Dienstvergehen im Sinne des Art. 105 und 11 des Verfassungsgesetzes und werden dementsprechend strafrechtlich verfolgt.

Der Reichspräsident empfing am Freitag die Vertreter der Religionsgemeinschaften zur Entgegennahme ihrer Glückwünsche anlässlich seines Amtsantrittes. — Namens des Deutsch-evangelischen Kirchenbundes überbrachte der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates in Berlin, Kapler, die Wünsche der deutschen evangelischen Landeskirchen. Der fürstbischöfliche Delegat Weihbischof Dr. Veitmer sprach namens der katholischen Religionsgemeinschaft. Als Vertreter des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden sprach Kammergerichtsrat A. Wolff. Der Reichspräsident erwiderte mit Dankesworten. Er sei sich voll bewußt, welche große Aufgabe die Religionsgemeinschaften an der Gestaltung des weltlichen Lebens der Nation zu erfüllen hätten. In seinem hohen Ansehn werde er mit Gewissenhaftigkeit alle Bekenntnisse und Weltanschauungen achten und stets den Geist innerer Volksgemeinschaft schätzen.

Kurze Nachrichten

Polizei und Entwaffnungsnote. Im Reichsministerium des Innern zu Berlin fand am Freitag eine Konferenz der Polizeidirektoren der Regierungen der deutschen Länder unter Vorsitz des Reichskommissars Rünger statt. In der Besprechung wurden die Forderungen der Entwaffnungsnote über die Polizei behandelt.

Die Berliner Rheinische Jahrestausendfeier. Im Rahmen der Berliner dreitägigen Jahrestausendfeier fand am Freitag in der Staatsoper am Königplatz ein von den Berliner Frauenverbänden veranstaltete Feier statt, die neben der Gernannenschicht von Klopffied, Lichtbilder und Filmvorführungen einen Teil bot, bei dem der Kölner Männergesangsverein Concordia rheinische Lieder vortrug.

Deutsche Einheitsfront bei den nemeländischen Wahlen. Bei den nemeländischen Wahlen, die am Freitag stattfanden, haben sich die Wähler zufolge die drei großen Interessengruppen Landwirtschaft, Arbeiterchaft und Kaufleute und freien Berufe zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen. Die gemeinsame Front der drei Gruppen wird sich gegen die Großstädter richten, die bisher dem Nemelgebiet die Rechte nicht einräumen, die ihm nach der Konvention über das Nemelgebiet zustehen.

Der französische Kammerauschuss für Wahlreform beschloß am Freitag zuerst mit 19 gegen 11 Stimmen, das augenblicklich in Kraft befindliche Wahlsystem zu beseitigen und den Grundgedanken der Majoritätswahl anzunehmen. Darauf wurde ein Antrag des sozialistischen Abg. Renaudel, der die Kommission ersucht, einen Bericht auszuarbeiten zu lassen, durch den der Grundgedanke des augenblicklich in Kraft befindlichen Wahlsystems von 1919 ersetzt wird durch ein Wahlsystem, das die integrale Verhältniswahl enthält, mit 18 gegen 12 Stimmen angenommen.

Börsen und Märkte

Wochenrundschau nach dem Stande vom 11. Juni 1925
Börse Die Lage an der Börse wird immer katastrophaler. Die finanziellen und wirtschaftlichen Auswicklungen der Entente bringen ungeheuren wirtschaftlichen Schaden. Der Wert der zu zerfallenden Maschinen und Anlagen beträgt allein 1/2 Milliarde Mark. Neben den außenpolitischen Faktoren belasten die Börse ganz besonders Liquiditätsfragen in der Großindustrie. Der Vermögensprozess nach der aufblühenden Inflationswirtschaft hat nunmehr auch die großen und größten Wirtschaftsbetriebe ergriffen. Die Lage im Einmessen liegt über trotz beruhigender Erklärungen der Stützungsgruppe auf die ganze Wirtschaft eine unheilvolle Auswirkung aus. Man betrachtet die Vorgänge im Stimmekongress als systematisch für die ganze Industrie.

Geldmarkt. Infolge größerer Einträge bei den Banken zeigte der Geldmarkt stärkere Erleichterung. Doch sind die Vorzeichen nicht unbedeutend. Der Geldmarkt zeigt immer noch die gleichen Nachteile, Flüssigkeit für kurzes Geld, Mangel an langfristigen Mitteln. Rentingeld fehlt um so empfindlicher, als jetzt die Großbanken zur Liquidation des Stimmekongresses sich 1-2 Monate lang stark halten müssen. So beginnt die Wirtschaftskrise auch auf dem Geldmarkt ihre Schatten zu werfen.

Produktenmarkt. Das Geschäft an den Produktionsmärkten hielt sich in den engen Grenzen, doch blieben die Kaufkraftverhältnisse unverändert. Der Geldmarkt zeigt immer noch die gleichen Nachteile, Flüssigkeit für kurzes Geld, Mangel an langfristigen Mitteln. Rentingeld fehlt um so empfindlicher, als jetzt die Großbanken zur Liquidation des Stimmekongresses sich 1-2 Monate lang stark halten müssen. So beginnt die Wirtschaftskrise auch auf dem Geldmarkt ihre Schatten zu werfen.

Warenmarkt. Die Wirtschaftskrise besteht in fast allen Zweigen fort. Der allgemeine Deut und die Unsicherheit auf den Warenmärkten hält weiter an. Trotz des fortwährenden Preisrückgangsprozesses in der Wirtschaft, der vielen Konjunktur- und Geschäftsaussichten ist es bis heute noch nicht gelungen, das Hauptziel unserer Wirtschaft, die Beseitigung der selbständigen Zwangsmaßnahmen auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher, zu beseitigen.

Polzmarkt. Die Tendenz auf den Rundholzmärkten geht langsam wieder nach oben.

Badischer Teil

Die Landwirtschaftskammerwahlen

Nach dem vorläufigen Ergebnis im Wahlbezirk Konstantz entfallen von Arbeitgeberkandidaten auf den Bauernverein 10 886, Genossenschaftsverband 4065, Landwirtschaftliche Vereinigung 2069, Kriegerverband 468. Es stehen noch neun Gemeinden aus. Vorläufige Verteilung der Sitze: Bauernverein sechs, Genossenschaftsverband und Landbund zwei, Landwirtschaftliche Vereinigung ein. Von der Arbeiterkammer sind noch keine Zahlen bekannt. Soweit sich übersehen läßt, entfallen auf jeden Wahlbezirk je zwei Sitze.

Die Fortsetzung der Neckaranalysierung

Aber die Fortsetzung der Neckaranalysierung machte der württembergische Ministerialrat Dr. Pirich, in der vom Südwestdeutschen Kanalverein herausgegebenen Zeitschrift „Südwestdeutschland“, u. a. folgende Ausführungen:

Nach in diesem Sommer wird die Neckar-A.-G. ihre beiden ersten Wasserstraßenwerke bei Weiblingen und Neckarsulm mit einer Jahreserzeugung von über 60 Millionen Kilowattstunden in Betrieb nehmen und ihre ersten Einnahmen verzeichnen können. Stünden wir in einer Zeit wirtschaftlicher Blüte, so könnten wir in fünf Jahren in Heilbronn, in weiteren fünf in Bickingen sein. Jetzt sind die Mittel schwerer und langsamer aufzubringen, will man nicht die erhebliche Zinsenlast in Kauf nehmen, die mit der Aufnahme einer Auslandsanleihe zurzeit notwendig verbunden sein würde.

Man hat deshalb jetzt für die fehlenden Stautufen der Strecke Mannheim-Heilbronn eine Bauzeit von noch 10 Jahren vorgezogen, die einerseits die Beschaffung der Baupmittel mit etwas über 70 Millionen Mark ohne gewaltsame Finanzierung ermöglicht, andererseits aber, da stets mindestens zwei Stautufen im Bau sein werden, eine durchaus normale Ausnutzung der baulichen Möglichkeiten gestattet. So wird zunächst die zwischen Weiblingen und Mannheim gelegene Staustufe Ledenburg, die letzte vor der Mündung des Neckars in den Rhein, an der schon bisher in größerem Umfang Notstandsarbeiten ausgeführt wurden, ausgebaut. Als bald soll aber auch der Wettbewerb ausgeschrieben werden, dessen Ergebnis über die Gestaltung der Wehlanlage im Bereich von Heilbronn entscheidet mit aller Genüge dafür, daß Tal und Brücke keinen Schaden leiden, die zusammen mit dem Schloß jene Landschaft bilden, die jedem ins Herz geschrieben steht, der das Bild hat, sie zu kennen.

Im Jahre 1928 sollen dann die Stufen Neckargemünd und Neckartheinach in Angriff genommen werden. 1930 Girsborn und Rodenau, 1932 Neckargerach und Söckhausen und 1933 endlich Gundelsheim. Bessern sich inzwischen die Verhältnisse am Geldmarkt, so daß Anleihen unter günstigeren Bedingungen erhältlich sind, so steht einer Verkürzung der Bauzeit nichts im Wege. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die beschriebenen Körperlichkeiten des Neckars und der Länder diesem Plan zustimmen werden, der auch für die Weiterführung des Werks über Heilbronn hinaus bis Bickingen die beste Grundlage bildet.

Der Verband Badischer Haus- und Grundbesitzervereine

Hielt in Konstanz seinen 23. ordentlichen Verbandstag ab. In einer öffentlichen Tagung sprach Prof. Dr. Wehr-Warburg über Reichsbesitzgebung und Wohnungsfrage. Seine Ausführungen fanden in folgender, einstimmig angenommenen Entschliessung ihren Niederschlag:

„Die Bauwirtschaft muß sofort schrittweise abgebaut werden. Die Gebäudeinventarfrage wird abgelehnt.“

Aber Hausbesitz und Kreditfrage referierte Bankdirektor Dufschmal-Karlruhe.

In den engeren Vorstand wurden berufen: der stellvertretende Vorsitzende Willet-Karlruhe und der stellvertretende Rechner L. Stäger-Kreisburg, die wiedergewählt und Kämmerle-Förzheim, der neugewählt wurde. Die nächstjährige Tagung findet in Achern statt. Von Parteipolitik soll der Verband sich fernhalten und nur von Fall zu Fall mit politischen Parteien Fühlung nehmen. Der Verbandbeitrag beträgt in Zukunft 1 M. pro Jahr. Die Errichtung einer Geschäftsstelle wurde genehmigt.

Aus der Landeshauptstadt

Konstanz, den 12. Juni 1925.

Nach Beendigung des Weltkrieges haben sich sämtliche Organisationen vom Roten Kreuz in Deutschland (Frauenvereine vom Roten Kreuz, Männervereine vom Roten Kreuz mit ihren Sanitätskolonnen, Genossenschaften freiwill. Krankenpfleger usw.) in dem „Deutschen Roten Kreuz“ zu gemeinsamer Wohlfahrtsarbeit zusammengeschlossen. Das Deutsche Rote Kreuz hat beschlossen, nach dem Beispiel anderer Länder, in ganz Deutschland einen allgemeinen Notkreuztag alljährlich im Juni stattfinden zu lassen. Dieser Notkreuztag soll durch seine einheitliche Begehung im ganzen Reich dazu dienen, die Gedanken und Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes in eindringlicher Weise der breiten Öffentlichkeit darzutun. Er soll in diesem Jahre zum ersten Mal am 14. Juni stattfinden.

In Baden wird diese Veranstaltung bewerkstelligt vom Badischen Landesverein vom Roten Kreuz und dem Landesverband der badischen Männervereine mit seinen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz. Der Tag soll festlich begangen werden durch Vereinskraft ausübende Veranstaltungen, wie Übungen der Sanitätskolonnen, Verteilung von Flugblättern, Vorführung von Nachbildern, entsprechende Ausschmückung von Schaufenstern. Auch soll ein Scherlein für die örtlichen Organisationen gewonnen werden durch Verkauf von Blumen, Zinzhölzern und dergl. m. Als Hauptaufgaben der Wohlfahrtspflege des Deutschen Roten Kreuzes, die vielfach in der Öffentlichkeit nur sehr wenig bekannt sind, sind zu nennen: Hilfeleistung bei deutschen und ausländischen außerordentlichen Notständen, Hebung der Volksgesundheit, die Bekämpfung von Seuchen und Volkskrankheiten, die Förderung und Gewinnung sowie arbeitsfähige Ausbildung und Umschulung männlicher und weiblicher Kräfte und Hilfskräfte für die Krankenpflege, Rettungswesen und Hilfsdienst und Lösung verwandter Aufgaben, Ergänzung der amtlichen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

In letzter Zeit — seit der Ruhrbesetzung obliegt dem Deutschen Roten Kreuz im Auftrage des Reiches die Betreuung der aus den Rheinländern Ausgewiesenen und Verdrängten, ferner der politischen Gefangenen im besetzten Gebiet.

Das Rheinbad Maxan erfreut sich gegenwärtig starken Zuspruchs in den Nachmittagsstunden und besonders Sonntag. Durch die Straßenbahnverbindung mit Kienlingen, ist sein Besuch erleichtert, nachdem neuerdings ein Unternehmer eine Autovorbereitung von der Endstation der Straßenbahn bis zum Rheinbad eingerichtet hat. Außerdem hat die Reichsbahnverwaltung durch Einlegung günstiger Nachmittagszüge eine Verbesserung auf dieser Strecke erreicht.

Lohnhöhung in der Ziegelindustrie. In der badischen Ziegelindustrie ist mit Wirkung vom 8. Juni abermals eine Erhöhung von ca. 9 Proz. eingetreten, die eine etwa 5prozentige Preiserhöhung zur Folge haben wird. Eine weitere Verteuerung ist indessen in dieser Periode nicht mehr zu befürchten, da die neue Lohnregelung sich auf die Zeit bis 4. Oktober 1925 erstreckt.

Streik der Bauarbeiter. Die Bauarbeiter von Karlsruhe und Durlach, sowie die Zimmerer von Karlsruhe, sind heute in den Streik getreten.

Müßiggänger. In den letzten beiden Tagen wurden hier laut Polizeibericht 20 Personen, die während der Dunkelheit mit unbelichteten Fahrrädern, und 19 Personen, die auf Schwegen mit Fahrrädern gefahren sind, bezw. ihre Fahrräder auf Schwegen geschoben haben, angezeigt.

Einziehung von Schweizer Banknoten. Das eidgenössische Finanzdepartement gibt bekannt, daß laut Bundesbeschluss vom 21. Oktober die im Jahre 1914 als Banknoten ausgegebenen Bundesbanknoten zu Fr. 5, 10 und 20 aus dem Verkehr zurückgerufen werden. Die Einziehungsdauer geht mit dem 30. November 1925 zu Ende.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterstelle Karlsruhe vom 13. Juni, 8 Uhr morgens: Am Ost- und Südrande des Hochdruckgebietes sind heute morgen Störungen zu erkennen, die bereits in Süddeutschland Gewitter hervorgerufen haben. Die untere Grenze der westlichen Windströmung ist heute auf 1400 Meter heruntergegangen, so daß weiteres Absinken des Irland-Hoch zu erwarten ist. Unter dem Einfluß der gestern von Norwegen vorgebrungenen Kaltluftmassen sank die Morgentemperatur in Westdeutschland um ca. 4 Grad. In Ostdeutschland um ca. 10 Grad. Voraussichtliche Witterung für Sonntag: wolfig, vereinzelt Gewitterregen mit nachfolgender Abkühlung.

Bürgermeisterstelle Wolfach i. N. Von 31 Bewerbern um die vakante Bürgermeisterstelle in Wolfach wurde der jetzige Bürgermeister Hämerle aus Buchen i. N. eingeladen, sich dem Gemeinderat und der Bürgerschaft vorzustellen. Er ist Centrumsmann und hielt letzten Sonntag ein kommunalpolitisches Referat vor versammelter Gemeinde.

Geschäftliches

Die Firma J. Stürmer, Mannheim, macht auf die heute heiligende Gewinnliste der Geldlotterie zu Gunsten des Konstanzer Münsters und der Markung-Gilde zu Hochhausen aufmerksam. Sie erklärt ausdrücklich, daß sämtliche Gewinne in bar ohne Abzug ausbezahlt werden, da infolge der Klauenheute keine Tiere angekauft werden können.

Internat. Polizeitechnische Ausstellung in Karlsruhe

Legung der badischen Polizeibeamten

Die Beamten der badischen Polizeibereitschaften hielten am Freitag im unteren Hofsaal ihren Delegiertentag ab. Der Vorsitzende Völter konnte dabei auch den Polizeiobersten Blauenhorn neben einer Reihe anderer Polizeiführer als Gäste begrüßen.

In offener Aussprache legten die Bereitschaftsbeamten ihre Wünsche und Beschwerden dar, die ihren Niederschlag in einer Reihe von Anträgen fanden. Die Sitzungen für den Landesverband wurden en bloc einstimmig angenommen. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden sei folgendes entnommen: Die Verhältnisse innerhalb der Organisation können nur als gute bezeichnet werden. Der größte Erfolg in gewerkschaftlicher Hinsicht ist die Tatsache, daß im Deutschen Beamtenbund die Sonderfachschule Polizei geschaffen wurde. Nach einer Schilderung des Kampfes um die wirtschaftliche Besserstellung der unteren Befoldungsgruppen konstatiert der Bericht, daß wenigstens erreicht worden sei, sämtliche Beamte nach einjähriger Dienstzeit in die Gruppe II zu bringen. Der Verband der Polizeibeamten hat bei der letzten Verbandsauswahl ein Programm für die Rechtsstellung, für die Regelung der Laufbahn und für die Eingruppierung in die Befoldungsordnung aufgestellt. Darin wird gefordert: Anstellung des Polizeibeamten nach vorheriger Ausbildung auf der Polizeischule und in den Polizeibereitschaften mit Überführung in den Einheitsdienst in der Befoldungsgruppe V. Ferner wird für den Beamten der uniformierten Polizei auf Grund einer ersten und zweiten Nachprüfung die Aufstiegsmöglichkeit in höhere Gruppen verlangt. Dieses Programm, insbesondere die Forderung auf Aufhebung des Polizeiverordnungsgesetzes und des Reichsrahmengesetzes für die Schutzpolizei der Länder ist inwieweit zur einheitlichen Forderung der gesamten deutschen Beamenschaft geworden. Der Bericht erwähnt sodann die Überweisung des dem Landtag unterbreiteten Gesetzentwurfes betr. die Unfallfürsorge für die Polizeibeamten als Material an die Regierung.

Badisches Landestheater

Spielplan für 13. bis 23. Juni 1925

Im Landestheater:
Montag, den 15. Juni. Volksb. 11: Die heilige Johanna. 7 bis 10 1/2 Uhr. (4.80). Der IV. Rang ist zum Verkauf für das allgemeine Publikum freigegeben.
Dienstag, den 16. Juni. * F 25; Th.-G. I. Sond.-Gr. Romeo und Julie (Oper). 7 bis gegen 10 Uhr. (7.—).
Mittwoch, den 17. Juni. * A 26; Th.-G. 1801 bis 2500; Und Pippa tanzt. 7 1/2 bis 10 Uhr. (4.80).

Verwaltungsamt

für die Abteilung Soziale Fürsorge einer großen Gemeindeverwaltung für sofort gesucht. Befoldungsgruppe V.

Ausführliche Angebote mit Zeugnissen unter E. 487 an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, den 18. Juni. * E 28; Th.-G. 1001 bis 1800; Der Kreidkreis. 7 bis 10 Uhr. (4.80).

Freitag, den 19. Juni. * C 26; Die verkaufte Braut. 7 1/2 bis nach 10 Uhr. (7.—).

Samstag, den 20. Juni. * Th.-G. 801 bis 1000. Reiseinführung: Der Traum ein Leben, Dramatisches Märchen, von Schallpanger. 7 1/2 bis 10 Uhr. (4.80).

Sonntag, den 21. Juni. * G 27; Die Meisterfinger von Rürna berg. 4 1/2 bis nach 9 1/2 Uhr. (8.—).

Montag, den 22. Juni. Volksb. 11: Die heilige Johanna. 7 bis 10 1/2 Uhr. (4.80). Der IV. Rang ist zum Verkauf für das allgemeine Publikum freigegeben.

Dienstag, den 23. Juni. * F 26; Jar und Zimmermann. 7 bis 9 1/2 Uhr. (7.—).

Im Konzerthaus:

Sonntag, den 14. Juni. * Amerikanische Frauen. 7 1/2 bis 10 Uhr. (3.80).

Kammerspiele im Konzerthaus:

Freitag, den 19. Juni. * Th.-G. 4501 bis 6000; Wie Gott Adam und Evas Kinder segnet. Hierauf: Apostelspiel. 7 1/2 bis gegen 9 1/2 Uhr. (3.80).

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorverkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 13. Juni nachm. 1/4 bis 5 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 15. Juni an. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Freitag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9 bis 1 Uhr, 4 bis 6 Uhr).

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Sammlungen.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege (Reichsgesetzblatt Seite 148) und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) wird dem Badischen Landesverein vom Roten Kreuz in Karlsruhe, Stefanienstraße 74, und seinen Unterorganisationen die Erlaubnis erteilt, im Lande Baden am 14. Juni 1925 im Rahmen des „Rottkreuz-Tages“ Straßenfammlungen, Konzerte, Verkauf von Blumen, Vorträge und ähnliche Werbeveranstaltungen zugunsten der Aufgaben des Roten Kreuzes durchzuführen. Zu Sammlungen von Haus zu Haus und auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist noch die besondere Erlaubnis des zuständigen Bezirksamtes einzuholen. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren dürfen als Sammler nicht verwendet werden.

Karlsruhe, den 12. Juni 1925.
Der Minister des Innern
H. B. Beers.

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Badische Lichtspiele
Konzerthaus C.486
Sonntag, den 14. Juni, nachmittags 4 Uhr
Montag, den 15., Mittwoch, den 17. und Donnerstag, den 18., jeweils abends 8 Uhr
Horrido
Der große Jagdfilm
Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße

31. Landwirtschaftliche Wanderausstellung Stuttgart
18.23. Juni 1925
Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft



Badische höhere Technische Lehranstalt
(Staatsstudium)
Karlsruhe, Moltkestraße 9.
Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Winter-Studienshalbjahr sind spätestens bis zum 15. Juni 1925 an die Direktion schriftlich zu richten.
Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 12. und 13. Oktober statt, mit dem Unterricht wird am 14. Oktober, vormittags 8 Uhr, begonnen.
Antragsschreiben zur Erlangung weiterer Auskünfte ist Rückporto beizufügen.
Karlsruhe im Juni 1925.
Die Direktion
G. Stadtmüller.

Badisches Landestheater Karlsruhe
sucht zum alsbaldigen Eintritt einen
Hausverwalter.
Bewerber — staatl. gepr. Verwalter bedingt — wollen sich unter Beifügung des Lebenslaufes und der Zeugnisse melden bei der
Generaldirektion des Badischen Landestheaters.

Karlsruher Pferde-Rennen
Sonntag, den 14. Juni 1925, nachmittags 2 1/2 Uhr
auf den Wiesen bei Klein-Rippur — Haltestelle der Albtalbahn
Öffentlicher Totalisator auf dem I. Platz
Eintrittspreis: 2 u. 5 M., num. Tribünenplätze 2 M. mehr einschl. Steuer
Vorverkauf: Bankgeschäft Zwerg, Hebel- und Waldstraße
Am Rennplatz halten folgende Züge der Albtalbahn:
ab Karlsruhe 1^o, 2^o, 2^{1/2}, 3^o; ab Ettlingen-Holzhof 1^o, 2^o, 2^{1/2}, 3^o; an Herrenalb 12^o.
Bei und nach Schluß der Rennen halten je nach Bedarf mehrere Züge in beiden Richtungen.

Nadelholz-Langholz Verkauf.
Das Staatliche Forstamt Freiburg verkauft freihändig 1000 Fm. Nadelholzstämme und Abschnitte aller Klassen, lagernd am Hohrüttelweg, im Pfaffengrund und Siegelobach, in Kappel u. beim Neubauernhof, bei der Station Girschprung und am alten Schulerobelweg in Haldensteg. Gebote bis Freitag, den 19. Juni, vormittags 11 Uhr, erbeten. Bindung 5 Tage lang. Auszüge kostenlos durch das Forstamt. Die für den Holzverkauf in Kappel und Schauble und Schlupf in Haldensteg zeigen das Holz.
A. 908

Bankkredite
erhalten gute Firmen unter zeitgemäßen Bedingungen.
Effekten unter E. 327 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Harmonium
2 Reg. . Mark 238.—
9 Reg. . Mark 297.—
13 Reg. . Mark 411.—
Zahlungserleichterung
K Frankfurter 948
LANG
Kaiserstr. 107 : Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

Im Neuanfertigen und Umarbeiten von
Steppdecken u. Daunendecken
empfehlen
Paula Schneider
Adlerstr. 5 Karlsruhe

Flotte Stenotypistin
sucht maschinenschriftl. Heimarbeit. Angebote unter E. 488 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

A. 904. Baden. Die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Hofrats Dr. Fritz Wötling in Baden, wurde aufgehoben.
Baden, 4. Juni 1925.
Der Gerichtsschreiber bad. Amtsgerichts.

A. 892. Tübingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Josef Grieshaber, Inhaber Friedrich Wilhelm Grieshaber in Tübingen ist nach erfolgtem rechtskräftig bestätigtem Zwangsvergleich aufgehoben.
Tübingen, 5. Juni 1925.
Gerichtsschreiber badischen Amtsgerichts.

Brennholzverkauf
des Badischen Forstamts Todmoss am Mittwoch, den 24. Juni 1925, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus zum Löwen in Todmoss aus den Domänenwäldungen 5400 Eker Brennholz. Losverzeichnisse durch das Forstamt.
A. 930

Forstholzverkauf.
Badisches Forstamt Kuchensfeld in Pforzheim verkauft freihändig aus Staatswaldbeständen I und VII, etwa 1080 Fm. Nadelrundholz aller Klassen, darunter etwa 180 Fm. Forlen, unter neuesten Zahlungsbedingungen vom 22. Dezember 1924. Schriftliche Angebote in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise bis längstens Montag, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, an das Forstamt (Geschäftszimmer Forststraße 1, Fernsprecher 2151 Pforzheim) erbeten. Vorzeiger: Oberforstwart Bommer in Hamberg, Forstwart Schuder in Büchenbronn. Losverzeichnisse durch das Forstamt.
A. 923

Badisches Landestheater
Sonntag, den 14. Juni 1925
D 26. Th.-G. 2. Sonbergt.

Intermezzo.
Eine bürgerliche Komödie mit fünfzehn Zwischenacten in zwei Aufzügen von R. Strauß
Musikal. Leitung: A. Lorenz
In Szene gef. von Carl Stang
Personen:
Christine Franz
Der kleine Franz Baier
Hofkapellm. A. Storch Barth
Anna Böblich
Baron Lummer Balve
Der Notar Lanber
Seine Frau Hendel
Kapellm. Stroh Peters
Ein Kommerzienrat Wiser
Ein Justizrat Reichinger
Ein Kammerjäger Glas
Hest Beer-Saft
Fanny Mosel-Tomschel
Anfang 7 Uhr Ende 10 Uhr
Sperreff I 8.—
Dyne Vorspiel

Städtisches Konzerthaus
Amerikanische Frauen
Lustspiel in drei Akten von Avery Hopwood
In Szene gef. von Fr. Weig
Personen:
Großmama Frauenborfer
Tom Morgan Kloeble
Piff Bertlow
Ehbil Sutton Raffé
Willy Reynolds Groß
Rina Hargrave Clement
Betty Lorimer Kunze
Katie Lorimer Müller
Sam Hargrave Bierner
Zimmermädchen Bauer
Diener van Santen
Doris Boltner
Anfang 7 1/2 Ende 10
Partett I 3.80

Internationale Polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe i. B.

7. Juni bis 24. Juni 1925 in der Städt. Ausstellungshalle

Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Das Fahndungswesen der Reichsfinanzverwaltung

Vortrag von Regierungsrat Dr. Frey - Berlin.

Mit dem Sachsentag fiel ein Besuch der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung durch die höheren Reichsfinanzbeamten zusammen. Die Referenten der Landesfinanzämter über Zollfahndungswesen, Steuerzahndienst und Zollstrafrecht waren in Begleitung mehrerer Abteilungspräsidenten und Ministerialbeamten, an ihrer Spitze der Abteilungspräsident im Reichsfinanzministerium Geh. Rat Hoffels zum Besuch der Ausstellung erschienen, an welchem sich auch die Reichsfinanzverwaltung mit anschaulichem Material aus dem Gebiet der Schmuggel- und Schieberbekämpfung, beteiligt hat. Die Herren sprachen sich sehr anerkennend über das Gesehene aus.

Am Nachmittag hielt der frühere Bad. Staatsanwalt, Reg.-Rat Dr. Frey aus Berlin im kleinen Konzerthausaal einen gut besuchten Vortrag über das Fahndungswesen der Reichsfinanzverwaltung. In etwa einstündiger, wohlgeformter und durchdachter Rede behandelte er die historische Entwicklung und heutige Bedeutung des Fahndungswesens der Reichsfinanzverwaltung und nahm insbesondere zu der Frage Stellung, ob ein solcher besonderer Fahndungsdienst notwendig und berechtigt ist, oder ob er nicht durch die allgemeine Polizeiverwaltung ausgeübt werden könnte. Für beide Arbeitsgebiete der Reichsfinanzverwaltung, die Steuerverwaltung einerseits, die Zoll- und Verbrauchsabgabenverwaltung andererseits, zur Verhütung von Hinterziehungen, waren seit

altersher besondere Beamte, Steuer- und Zollaufsichtsbeamte bestellt und mit weitgehenden polizeilichen Befugnissen ausgestattet. War das schon notwendig zu Zeiten, als die wirtschaftlichen, aber auch die zoll- und steuerrechtlichen Verhältnisse noch viel einfacher gestaltet waren, so trifft das heute in verstärktem Maße zu, wo der Steuerdruck in weit größerem Umfange zu Hinterziehungen Anreiz gibt und die Fortentwicklung von Technik und Wirtschaft ganz besondere Anforderungen an die Fachkenntnisse der mit der Kontrolle beauftragten Beamten stellt.

Der Redner erläuterte hierauf, wie der Zoll- und Steuer-aufsichtsdienst durch Aufnahme kriminalistisch geschulter Fahndungsbeamten zum Zollfahndungs- und Steuerzahndienst erweitert werde, erläuterte die Funktionen dieser beiden Fahndungsorganisationen, deren Beamte Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaften mit den hieraus sich ergebenden Befugnissen sind, und kennzeichnete in anschaulicher Weise unter Hinweis auf die Einzelfälle die verschiedensten Arten der Zoll- und Steuerhinterziehung und die dagegen angewandten Methoden dieses Fahndungsdienstes, insbesondere in der Schmuggelabwehr.

Diese Ausführungen, welche durch das in der Ausstellung vorgeführte Anschauungsmaterial in jeder Hinsicht unterstützt werden, beweisen in Verbindung mit den ermittelten Erfolgen in zunehmendem Maße nicht nur die Berechtigung, sondern auch die Notwendigkeit dieser Fahndungsorganisationen im Bereich der Reichsfinanzverwaltung. Konnte doch der Redner auf Grund amtlichen Materials mitteilen, daß diese zahlenmäßig feststellbaren Erfolge im Jahre 1924 beim Steuerzahndienst in 11 712 Fällen, rund 26,7 Millionen

Mark an Mehrsteuern und Strafen erbrachten, während der Zollfahndungsdienst in dem gleichen Zeitraum an hinterzogenen Zöllen und Verbrauchsabgaben sowie Strafen insgesamt 88,2 Millionen Mark bei stets abnehmenden Verwaltungskosten einbrachte.

Der Vortragende wies dann noch auf das einen Erfolg günstig beeinflussende Zusammenarbeiten mit den Organen der übrigen Verwaltungen, insbesondere der Polizeiverwaltung hin, die nach den ausführlich behandelten Bestimmungen der Reichsabgabenordnung zur Unterstützung der Finanzbehörden und somit auch der beiden Fahndungsorganisationen verpflichtet sind und schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Appell bei der Erinnerung an diese Tagung über den Schicksalen und Vorzügen des Badnerlandes nicht der hier erhaltenen Anregungen zu vergessen.

Der Reichsfinanzverwaltung sind in der städtischen Ausstellungshalle drei Rosen zugewiesen. In der ersten Rose wird ein übersichtliches Bild über Uniformierung, Bewaffnung und Ausrüstung der Grenzbeamten aus einzelnen deutschen Ländern seit dem Jahre 1835 (Gründung des deutschen Zollvereins) gegeben. Die zweite Rose umfaßt das Tätigkeitsgebiet der Schmuggelbekämpfung selbst, vertrieben, je nachdem der Dienst zu Fuß, zu Pferd, auf Schneeschuhen, mit Zollhunden oder zu Wasser geleistet wird. Hier sind auch eigenartige, den Dienst erschwerende Grenzverhältnisse dargestellt. Die dritte Rose gibt eingehendes Material über die Erfolge der Zoll- und der Steuerzahndienstbeamten, sowie des kriminalistisch aufgezogenen Zollfahndungsdienstes in der Bekämpfung von Zoll- und Steuerzuwiderhandlungen.

Sicherheits-Fernmelde-
Wächterkontroll-

nach dem

SÜDDEUTSCHE
Aktiengesellschaft

Telephon 4058/4059 — Ingenieurbüro



Feuermelde-Anlagen
Einrichtungen

System

TELEPHONFABRIK

vorm. J. Berliner, Mannheim

Karlsruhe — Badischer Handelshof

Dauervervielfältiger mit der Glasplatte
Opalograph D.R.P.
liefert Umdrucke von Hand- und Maschinenschrift, Zeichnungen, Vordrucke, Orientierungsskizzen usw.
• rasch und billig in unbegrenzter Auflage und lithographischer Schärfe
Höchste Anerkennungen — Höchste Anerkennungen
Opalograph Comp. G. m. b. H.
Filiale Karlsruhe
Akademiestraße 34 — Telephon 3452

Erste Hilfe bei elektrischen Störungen
Röckel & Co. G. m. b. H. Karlsruhe
Wilhelmstraße 70
Elektrotechn. Installations-Geschäft
für Licht-, Kraft- und Schwachstrom-Anlagen
Große Auswahl in Beleuchtungskörpern sowie elektrotechnischen Bedarfsartikeln — Motorenlager
Reparaturen bei billigster Berechnung
Ingenieur-Büro
Bankkonto: Badische Landwirtschaftsbank
Telefon Nr. 363 — Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 4456

Große Auswahl
besten Solinger Taschenmesser — Rasiermesser — Rasierapparate — Haar- und Bartschneidemaschinen
Scheren aller Art
Tischbestecke — Tranchiermesser — Löffel
Geschenk-Artikel
Günstige Preise
Geschw. Schmid
Karlsruhe, Kaiserstraße 88
Nähe Marktplatz — Telephon 3394
Reparaturwerkstätte und Feinschleiferei

Wir führen stets das Neueste in
Herren-, Damen- und Kinder - Garderoben
und gewähren
Teilzahlung an Jedermann
Anzahlung bestimmt der Käufer
Kaufhaus Badenia
G. m. b. H.
Kaiserstr. 14-a KARLSRUHE Kaiserstr. 14-a,
Straßenbahnhaltestelle Waldhornstr.

MINIMAX
Der zuverlässigste, seit mehr als 20 Jahren erprobte und in mehr als 70 000 Brandfällen bestbewährteste Handfeuerlöscher heißt:
MINIMAX
Weit über 2 000 000 im Gebrauch. Auf Grund seiner Riesenerfolge ist Minimax bei den Behörden Industrie in Stadt und Land rühmlichst bekannt
MINIMAX A. G.
Bezirksvertretung Karlsruhe, Karl Floig, Karlstr. 25, Tel. 4600

Ferdinand Marum
Telephon 755 KARLSRUHE Gartenstraße 6
Baubeschläge- und Eisenwaren-Großhandlung
empfiehlt
Fenster- und Türenbeschläge
in allen Ausführungen
Spezialität: **Sicherheitsschlösser u. Sicherungen**
in den neuesten und besten Fabrikaten

Sämtliche
Antriebs-Rollenketten
für
Lastkraftwagen, Automobile,
Motor- und Fahrräder
geräuschlose Zahnketten,
Transmissionsketten, Land- u.
Forstwirtschafts-, Industrie-,
Schiffs- und Kranketten,
sowie
Ketten und Kettenräder
für alle Zwecke liefert prompt
Spezialkettenhaus
Fritz Hetz
Karlsruhe i. B.
Fernsprecher 2835
Vertreter und Lager an allen
größeren Plätzen

 **Fahrräder**
beste Fabrik-Marken mit
1 Jahr Garantie bei nur
25 Mk. Anzahlung
Rest in Raten im
Fahrradhaus Kai, Mühlburg
Rheinstraße 59, neben Straußdrogerie.

Unentbehrliche Hilfsbücher für den Polizeibeamten sind
Der Samariter
Leitfaden für die erste Hilfe bei Unglücksfällen
von Dr. J. Blume, Medizinalrat
Fünfte Auflage (31.—60. Tausend)
Zwei Hefte, 62 Seiten Text und 158 Abbild. auf 32 Tafeln
Beide Hefte zusammen Mk. 1.—
aus dem Verlag **G. Braun, Karlsruhe (Baden), Karlsruherstraße 14**
Überall erhältlich

Grundzüge des theoret. Unterrichts
der freiwilligen Sanitätskolonnen
Für Wiederholungskurse in Frage und Antwort
bearbeitet von
Kolonnenarzt Dr. Guttenberg, Freiburg
11. Auflage (VI und 59 Seiten) Preis Mk. — 50